



MEIN BRIEF AUS BERLIN

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 26
18. Wahlperiode
30. Januar 2015

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Bundeswehr ist international engagierter denn je. Im Auslandseinsatz sind unsere Soldatinnen und Soldaten nach wie vor gut ausgerüstet. Seit dem Wegfall der Wehrpflicht steht unsere Truppe allerdings in Konkurrenz zu zivilen Arbeitgebern. Um weiterhin kluge Köpfe und engagierte junge Leute für den Dienst in der Bundeswehr zu gewinnen, sollten wir den Arbeitgeber Bundeswehr deshalb attraktiver gestalten.

Herzlichst Ihr

EINE MODERNE, FLEXIBELE UND FAMILIENFREUNDLICHE TRUPPE

Diese Woche hat der Bundestag in erster Lesung über das Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr (BwAttraktStG) beraten. Ziel des Gesetzentwurfs ist eine umfassende Verbesserung der Arbeitsbedingungen und –anreize in der Truppe. Auf diese Weise soll sich in Zukunft eine ausreichende Anzahl qualifizierter Bewerber für eine Karriere in der Bundeswehr entscheiden. Die Notwendigkeit hierfür kommt nicht von ungefähr. Vielmehr wird sie umso deutlicher, je mehr wir uns Deutschlands Rolle und Verantwortung in der internationalen Politik vergegenwärtigen.

Der demographische Wandel trägt dazu bei, dass jedes Jahr weniger junge Menschen eines Jahrganges dem Arbeits-

markt zur Verfügung stehen. Und die besonders gute Wirtschaftslage hierzulande sorgt dafür, dass diese jährlich sinkende Zahl an Arbeitnehmern, einem großen Arbeitsangebot gegenübersteht. Damit steht die Bundeswehr in direktem Konkurrenzkampf mit vielen zivilen Arbeitgebern.

Wir als CDU/CSU-Fraktion im Bundestag wollen mit unserem Gesetzesvorhaben den Grundstein für eine zeitgemäße, flexible und familiengerechte Bundeswehr legen. Um dies zu erreichen, sind Veränderungen rund um die Arbeitsbedingungen, die Dienstgestaltung, sowie Vergütung und soziale Absicherung vorgesehen. Hierzu zählen unter anderem die Einführung einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 41 Stunden,

unterschiedliche Arbeitsmodelle, bessere Beförderungsmöglichkeiten und die Unterstützung der Familien während eines Auslandseinsatzes. Aber auch eine höhere und verwendungsspezifischere Besoldung soll dabei helfen, die Bundeswehr künftig attraktiver auf dem Arbeitsmarkt zu platzieren. Auch die freiwillig Wehrdienstleistenden sollen durch eine höhere Besoldung für ihren besonderen Beitrag für die Gesellschaft besser entlohnt werden. Die geplanten Maßnahmen sollen aber vor allem verhindern, dass unsere Soldatinnen und Soldaten in die Privatwirtschaft abwandern. Denn motiviertes und qualifiziertes Personal ist für die Bundeswehr ebenso wichtig, wie gute Ausrüstung.

ES BLEIBT BEIM AUFWÄRTSTREND

Trotz der international schwierigen Lage an den Märkten, können Wirtschaft und Bürger der Bundesrepublik Deutschland erwartungsfroh und optimistisch auf ein erfolgreiches Wirtschaftsjahr 2015 blicken. Alleine die Zahlen machen dies deutlich. Die Arbeitslosigkeit wird sich im laufenden Jahr um 40.000 Personen auf 6,6% verringern. Zusätzlich zur

gegenwärtigen Rekordbeschäftigung werden weitere 170.000 Arbeitsplätze prognostiziert. Hinzu kommt ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um 1,5% und ein Anstieg der Bruttolöhne um durchschnittlich 3,2%. Damit sich die Prognosen auch realisieren lassen, werden wir uns als Union weiterhin für den erfolgreichen Abschluss der transatlanti-

schen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) einsetzen. Schließlich sind es Abkommen wie TTIP, die nicht nur gut, sondern auch sehr wichtig für Deutschland sind. Das gilt auch für die Digitalisierung des Arbeitsmarktes. Hier wollen wir vermehrt investieren und Neugründungen fördern. Denn die Digitalisierung wird Arbeit und Wohlstand künftig stark beeinflussen.

WENN RHETORIK AUF WIRKLICHKEIT TRIFFT

Nach den griechischen Parlamentswahlen stellen wir jetzt fest, was passiert, wenn Wahlkampfrhetorik auf Wirklichkeit trifft; und zwar ungebremst. Denn all das, was der neue griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras noch im Wahlkampf versprochen hatte, wird in Europa so nicht funktionieren können. Weder ein Schuldenschnitt, noch der Verzicht auf notwendige Strukturreformen

werden möglich sein. Die Griechen wollten Fortschritt, bekommen haben sie unerfüllbare Versprechen. Dass nun auch Rechtspopulisten an der Seite Tsipras regieren, macht die linke Kraft Griechenlands zum Steigbügelhalter von Rechtspopulisten und einem antisemitischen Verteidigungsminister. Doch Tsipras und sein Kabinett werden sich bald schon der Realität stellen

müssen. Spätestens dann, wenn im Februar über das neue Hilfspaket verhandelt werden soll. Eine politische Annäherung Athens an Moskau könnte dazu führen, dass Europa in zentralen Wertefragen gespalten wird. Das sollte Tsipras vermeiden Athen muss auch in Zukunft die Reformauflagen erfüllen, wenn es in Europa weiterhin Solidarität beanspruchen will.

EIN TREFFEN MIT DER BISCHOFSKONFERENZ

Am Dienstag habe ich an einem dreistündigen Gespräch des CDU-Präsidiums mit der Deutschen Bischofskonferenz im Konrad-Adenauer-Haus teilnehmen können. Unter der Leitung unserer Bundeskanzlerin und Vorsitzenden Dr. Angela Merkel sprachen wir gemeinsam über globale Herausforderungen, die weltweite Christenverfolgung und wichtige ethische und sozialpolitische Fragen.



© Dieter Schütz / pixelio.de

TERMINAUSWAHL

30.01.2015

Grünkohlessen der CDU Ashausen, *Ashausen*

03.02.2015

Gedankenaustausch mit dem spanischen Europaminister Méndez de Vigo, *Berlin*



© CDU Deutschland / Tobias Koch